



Protokoll der 34. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol

Datum:	28. Februar 2024
Ort:	Bundesamt für Justiz, Bern
Zeit:	10 bis 14.30 Uhr

Aktenzeichen: 924-3722/1/2

Vorsitz:	Barbara Studer Immenhauser	Präsidentin Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsidentin der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK)
Mitglieder:	Claude Béguelin	Arzt, Psychiater/Kinderpsychiater
	Thomas Gall	Stv. Geschäftsleiter der Opferhilfe beider Basel
	Heinz Kräuchi	Betroffener
	Christian Raetz	Ehem. Leiter «Bureau cantonal de médiation VD»
	Theresia Rohr	Betroffene
	Marcel Setz	Betroffener
	Jasmin Stern	Beraterin bei der Opferhilfe/Anlaufstelle Tessin
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
Ex officio:	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
	Yves Strub	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM / Stv. Kommissionssekretär
Protokoll:	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Stv. Leiterin Fachbereich FSZM / Kommissionssekretärin

Bundesamt für Justiz BJ
Sekretariat FSZM
Bundesrain 20
3003 Bern
Tel. +41 58 462 42 84
sekretariat@fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch
www.bj.admin.ch



1 Begrüssung und Vorstellungsrunde

Die Präsidentin eröffnet die Sitzung um 10.15 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission, speziell die seit diesem Jahr neu amtierenden Mitglieder, zur heutigen Sitzung.

Sie gibt bekannt, dass Frau Susanne Kuster, Stv. Direktorin des BJ, geplant hatte, die bisherigen und neuen Kommissionsmitglieder zur ersten Sitzung der Amtsperiode 2024-27 persönlich zu begrüssen. Leider ist sie kurzfristig verhindert. Es ist vorgesehen, dass sie später eintrifft (*Anmerkung: Die Verhinderung dauerte schliesslich länger als geplant. Sie wird deshalb der Kommission anlässlich der nächsten Sitzung einen Besuch abstatten*).

Die Präsidentin eröffnet eine kurze Vorstellungsrunde.

2 Mitteilungen

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 21. November 2023 wurde bereits genehmigt und wird verdankt.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor knapp 3 Wochen an die Mitglieder versandt. Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten.

Reto Brand informiert über die [Parlamentarische Initiative 23.472](#) der Rechtskommission des Nationalrates betreffend die Behandlung von kantonalen oder kommunalen Solidaritätsbeiträgen gemäss AFZFG¹. Die Arbeiten für diese Teilrevision des AFZFG laufen auf Hochtouren. Damit soll die aktuell in Art. 4 Abs. 6 AFZFG vorgesehene privilegierte Behandlung des Solidaritätsbetrages in steuer-, betriebs-, sozialhilfe- und sozialversicherungsrechtlicher Hinsicht neu auch für allfällige kantonale oder kommunale Solidaritätsbeiträge gelten. Bisher hat einzig die Stadt Zürich einen solchen eigenen Solidaritätsbeitrag eingeführt hat (zusätzlich zum Solidaritätsbeitrag nach AFZFG). Ob noch andere Gemeinden oder Kantone diesem Beispiel folgen werden, ist zurzeit noch offen.

Im Weiteren informiert Reto Brand darüber, dass zum Abschluss des NFP 76 „Fürsorge und Zwang“ am 24. Mai 2024 eine Schlussveranstaltung stattfindet, an welcher die Erkenntnisse aus diesem umfangreichen Forschungsprogramm präsentiert werden sollen. Es sollen überdies auch sog. Impulse (Denkanstösse) vorgestellt werden, welche auf der Grundlage der Forschungsergebnisse basieren und sich wahrscheinlich zur Hauptsache an die Verantwortlichen in Politik, Verwaltung und im Sozialwesen richten sollen.

In diesem Zusammenhang weist Reto Brand auch auf die demnächst stattfindende Informationsveranstaltung für die Vertreterinnen und Vertreter der Bundesverwaltung hin, um sie nicht zuletzt über die Ergebnisse des NFP 76 „Fürsorge und Zwang“ zu informieren. Dieses Treffen findet am 18. März 2024 statt und wird vom früheren Kommissionspräsidenten, Luzius Mader, in seiner Funktion als Vertreter des Bundes im Leitungsgremium des NFP 76 letztmals organisiert.

Simone Anrig weist darauf hin, dass die Statistik betreffend Solidaritätsbeitragsgesuche (Stand Ende 2023) auf der Homepage des BJ aufgeschaltet ist ([Statistik Solidaritätsbeitrag](#)). Das Wichtigste in Kürze:

- Von April 2017 bis Ende Dezember 2023 wurden beim BJ insgesamt 11'223 Gesuche eingereicht. Davon konnten 10'662 Gesuche (95%) gutgeheissen und entsprechend Solidaritätsbeiträge in der Höhe von total rund 266.55 Mio. Franken zugesprochen werden. 398 Gesuche (3.5%) mussten hingegen abgewiesen werden (z.B. weil keine

¹ Bundesgesetz vom 30. September 2016 über die Aufarbeitung der fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG; SR. 211.223.13).

unmittelbare und ausreichend schwere Beeinträchtigung als Folge einer Massnahme vorlag oder sich die geschilderten Erlebnisse erst nach 1981 zugetragen hatten). Bei 61 weiteren Gesuchen war aus verschiedenen Gründen gar keine inhaltliche Prüfung möglich.

- Die grösste Anzahl von Gesuchen stammte von Personen mit Wohnsitz in den Kantonen Bern (20.7%) und Zürich (13.6%). Der Anteil der übrigen Kantone betrug zwischen 6.8 und 0.2%. Aus dem Ausland wurden 5.2% der Gesuche eingereicht.
- 29.1% der Gesuche wurden von Personen mit Jg. 1940-49 gestellt, 27.8% von Personen mit Jg. 1950-59. Die übrigen Personen waren älter (20.7%) bzw. jünger (22.5%).
- Bei den Schilderungen der Opfer standen Fremdplatzierungen im Kindes- und Jugendalter (v.a. als Verding-/Pflegekind oder in Heimen) deutlich im Vordergrund. Andere fürsorgerische Zwangsmassnahmen wurden hingegen eher selten beschrieben.

Beim BJ gehen im Übrigen weiterhin durchschnittlich rund 30 neue Gesuche für den Solidaritätsbeitrag pro Monat ein. Im Zusammenhang mit der Publikation der Ergebnisse aus dem NFP 76 «Forschung und Zwang» ist mit einer vermehrten Berichterstattung in den Medien über die Thematik der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen zu rechnen, was sich wahrscheinlich auch auf die Anzahl der Gesuche für den Solidaritätsbeitrag auswirken wird.

Heinz Kräuchi weist darauf hin, dass am 6. März 2024 in der Cinémathe in Bern eine [Buchvernissage](#) stattfinden wird. Es werden dabei drei thematische Bände mit den Ergebnissen aus den Forschungsprojekten des NFP 76 «Forschung und Zwang» vorgestellt. Der Synthesebericht mit verdichteten Ergebnissen und den Impulsen werden dann am 24. Mai 2024 veröffentlicht (vgl. oben).

Theresia Rohr gibt bekannt, dass sie von Radio SRF für ein Interview kontaktiert worden sei. Im Bericht von Radio SRF geht es darum, dass der Kanton Basel-Stadt die Thematik der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen wissenschaftlich aufarbeiten wolle; dafür habe der Regierungsrat einen Kredit von Fr. 600'000.— beantragt. Auch Thomas Gall hat diesbezüglich in seiner Funktion als stellvertretender Geschäftsleiter der Anlaufstelle beider Basel ein Interview gegeben.

Heinz Kräuchi weist auf eine Motion hin, welche u.a. von Ursula Marti am 14. Juni 2023 im Grossen Rat des Kantons Bern eingereicht wurde und mit welcher eine Bedarfsanalyse für verschiedenen Unterstützungsmassnahmen zugunsten von Opfern im Kanton Bern verlangt wurde. Der Regierungsrat beantragte am 22. November 2023 die Ablehnung dieser Motion. Die Motion wird in der Frühlingssession (erste Hälfte März 2024) im Grossen Rat des Kantons Bern beraten.

3 Kurze Einführung in die Arbeitsweise der Kommission / Beantwortung von allfälligen Fragen

Reto Brand erläutert kurz den Ablauf des Gesuchsverfahrens: Nach einer ersten Prüfung der Gesuche für den Solidaritätsbeitrag macht der Fachbereich FSZM einen Vorschlag zuhanden der beratenden Kommission. Werden Gesuche zur Gutheissung vorgesehen oder sind Gesuche aus Sicht des Fachbereichs ganz offensichtlich unbegründet, werden diese der beratenden Kommission auf dem Zirkularweg (einmal pro Monat) unterbreitet. Gesuche, welche zur Abweisung vorgesehen sind oder bei denen noch Diskussionsbedarf besteht (sog. Grenzfälle) werden der beratenden Kommission anlässlich einer Sitzung unterbreitet. Auf der Grundlage der Empfehlung der beratenden Kommission fällt der Fachbereich FSZM anschliessend den definitiven Entscheid in Form einer Verfügung.

Wird ein Gesuch abgewiesen, kann gegen die Abweisungsverfügung Einsprache beim BJ erhoben werden, d.h. das Gesuch muss vom BJ aufgrund der zusätzlichen bzw. neuen Argumente und Informationen der betroffenen Person nochmals geprüft werden. Wird das Gesuch wiederum abgewiesen, kann gegen diesen negativen Entscheid Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht und – sofern sich eine Grundsatzfrage stellt – ausnahmsweise auch beim Bundesgericht erhoben werden.

Im Weiteren werden die Ausstandsregeln im Verwaltungsverfahren, welche grundsätzlich auch für die Kommissionsmitglieder gelten, besprochen. Reto Brand weist die Mitglieder zudem darauf hin, dass sie dem Amtsgeheimnis gemäss Art. 320 StGB unterstehen und im Umgang mit sämtlichen Informationen und Unterlagen dem Datenschutz Rechnung zu tragen ist.

Für die Kommunikation über die Arbeit der beratenden Kommission gegenüber Dritten ist grundsätzlich die Präsidentin, i.d.R. nach Rücksprache mit dem Fachbereich FSZM, zuständig.

4 Diskussion von Einzelfalldossiers

4.1 Fälle aus früherer Sitzung

Anlässlich der letzten Sitzung hat die beratende Kommission in einem Fall eine Empfehlung zur Abweisung des Gesuchs gegeben; dies unter Vorbehalt, dass die damals noch laufenden Zusatzabklärungen nicht doch noch neue Erkenntnisse bringen würden, die eine erneute Diskussion in der beratenden Kommission nötig machen würden. Das Ergebnis der Zusatzabklärungen liegt nun vor. Der Fachbereich sieht gestützt darauf eine Abweisung vor. Das Gesuch wird aber zur Information und allfälligen Diskussion nochmals der beratenden Kommission unterbreitet. Diese empfiehlt es nun zur Abweisung.

4.2 Neue Fälle

Für die heutige Sitzung wurden der beratenden Kommission 8 neue Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet, bei denen der Fachbereich in 3 Fällen eine Abweisung und in 5 Fällen eine Diskussion als Grenzfall vorschlägt. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission, 3 Gesuche gutzuheissen und 5 Gesuche abzuweisen.

4.3 Im Zirkularverfahren geprüfte Fälle (Monatslisten)

4.3.1 Die Präsidentin stellt fest, dass den Kommissionsmitgliedern seit der letzten Sitzung mit der Monatsliste November 2023 total 38 Fälle, mit der Monatsliste Dezember 2023 total 16 Fälle und mit der Monatsliste Januar 2024 total 36 Fälle unterbreitet worden seien, in denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung der Gesuche vorsah.

Claude Béguelin hat in ein paar Fälle der Monatsliste Januar 2024 Einsicht genommen. Eine Diskussion in der beratenden Kommission darüber wurde von ihm nicht gewünscht.

Von den Kommissionsmitgliedern gingen somit innert Frist jeweils keine Einwände ein, weshalb in allen Fällen die Gutheissungsverfügung durch den Fachbereich FSZM bereits versendet wurde.

4.3.2 Mit der Monatsliste November 2023 und Januar 2024 wurden den Kommissionsmitgliedern zudem je 1 bzw. 3 Fälle unterbreitet, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung vorsah, weil das Gesuch als offensichtlich unbegründet erachtet wurde. Im Monat Dezember 2023 gab es keine solche Fälle.

Claude Béguelin hat in einen dieser Fälle von der Monatsliste Januar 2024 Einsicht genommen. Eine Diskussion in der beratenden Kommission darüber wurde von ihm nicht gewünscht.

Von den Kommissionsmitgliedern gingen somit jeweils innert Frist keine Einwände ein, weshalb in allen Fällen die Abweisungsverfügung durch den Fachbereich FSZM bereits versendet wurde bzw. demnächst versendet wird.

5 Orientierung des Fachbereichs FSZM über den aktuellen Stand der Selbsthilfeprojekte und des Projekts Valorisierung der Forschungsergebnisse

5.1 Selbsthilfeprojekte

Die Laufzeit des umfangmässig grössten Selbsthilfeprojekts «Erzählbistro» endet diesen Frühling. Das BJ ist mit der Projektträgerschaft im Austausch und das «Erzählbistro» soll auch die nächsten Jahre Veranstaltungen zum Informations- und Erfahrungsaustausch für FSZM-Betroffene durchführen und dabei vom BJ unterstützt werden. Dabei sollen zukünftig auch Erzählbistros über die Grenzen der Deutschschweiz hinaus stattfinden. Nebst den bereits erfolgten Erzählbistros in der Westschweiz ist auch ein erstes Erzählbistro im Tessin für den 2. Mai 2024 (11:00, Restaurant Casa del Popolo, Bellinzona) geplant. Interessierte Betroffene können sich unter info@erzaehlbistro.ch oder unter der Telefonnummer 078 729 71 72 anmelden.²

Der vom Verein «netzwerk-verdingt» zusammen mit dem Berner Historiker Daniel Schläppi zu der Thematik FSZM erarbeitete Stadtrundgang «Kehrseiten – Stadtrundgang durch das andere Bern» soll nun bei entsprechender Nachfrage regelmässig in Bern durchgeführt werden. Interessierte Personen können sich unter www.netzwerk-verdingt.ch bzw. unter der Telefonnummer 077 446 77 01 anmelden.

5.2 Valorisierung der Forschungsergebnisse

Die Umsetzung der Massnahmen des BJ zur Verbreitung und Nutzung (Valorisierung) der Ergebnisse der Aufarbeitung der FSZM ist auf Kurs. Das Konzept und eine Übersicht über die geplanten Massnahmen finden sich auf der Website des BJ ([Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen: Valorisierung](#)).

Per 1. Januar 2024 wurden auch die Gesuchsunterlagen für Vermittlungsprojekte Dritter zur Thematik FSZM - auf Deutsch, Französisch und Italienisch – auf dieser Website aufgeschaltet. Bereits sind erste Gesuche eingetroffen oder in Bearbeitung. Ziel der Finanzhilfen ist es, das bereits bestehende Vermittlungsangebot sowie die laufenden und geplanten Aktivitäten des Bundes und weiterer Akteurinnen und Akteure zu ergänzen. Gefördert werden können ganz unterschiedliche Vermittlungsprojekte: von Lehrmitteln über Weiterbildungsveranstaltungen bis zu Buchpublikationen, Ausstellungen oder Theaterproduktionen.

Eine erste Version der beiden Lehrmittel-Projekte (Lern-App und Weiterentwicklung des bestehenden UEK-Lehrmittels) konnte Mitte Januar 2024 in der Begleitgruppe des Valorisierungsprojekts vorgestellt werden.

² Weitere Informationen zum Angebot: www.erzaehlbistro.ch

Die Ausschreibungsverfahren für die Aufträge für die Web-Plattform und die Wanderausstellung (je Konzeption und Gestaltung) sind aktuell in der Abschlussphase. Ziel ist es, dass die Umsetzungsarbeiten im April aufgenommen werden können.

Das BJ hat im Dezember 2023 zudem die [Liste der kantonalen Zeichen der Erinnerung](#) auf seiner Website aktualisiert.

Und schliesslich ist eine Evaluation des Gesamtprojekts in Planung, so dass am Ende dessen Laufzeit (2028) eine Bilanz über die Nutzung und die Qualität der realisierten Valorisierungs-Massnahmen gezogen werden kann.

6 Verschiedenes

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission findet am 29. Mai 2024 statt.

Die Sitzung wird um 14.30 Uhr geschlossen.



Procès-verbal de la 34^e réunion de la commission consultative (Cocosol)

Date:	28 février 2024
Lieu :	Office fédéral de la justice, Berne
Heure :	de 10 h 00 à 14 h 30

N° de dossier : 924-3722/1/2

Présidence :	Barbara Studer-Immenhauser	Présidente Archiviste cantonale du canton de Berne et présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA)
Membres :	Claude Béguelin	Médecin, psychiatre/pédopsychiatre
	Thomas Gall	Secrétaire adjoint de l'association d'aide aux victimes des deux Bâle
	Heinz Kräuchi	Personne concernée
	Christian Raetz	Ancien chef du Bureau cantonal de médiation du canton de Vaud
	Theresia Rohr	Personne concernée
	Marcel Setz	Personne concernée
	Jasmin Stern	Conseillère auprès du centre d'aide aux victimes du Tessin
	Maria Luisa Zürcher	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
Ex officio :	Reto Brand	OFJ / chef de l'unité MCFA
	Yves Strub	OFJ / unité MCFA / secrétaire de commission suppléant
Procès-verbal :	Simone Anrig	OFJ / suppléante du chef de l'unité MCFA / secrétaire de commission

Office fédéral de la justice OFJ
Secrétariat MCFA
Bundesrain 20
3003 Berne
Tél. +41 58 462 42 84
sekretariat@fuersorgerischezwangsmassnahmen.ch
www.bj.admin.ch



1 Salutations et présentations

La présidente ouvre la séance à 10 h 15 et souhaite la bienvenue aux membres de la commission consultative, en particulier aux membres nouvellement entrés en fonction.

Elle indique que Susanne Kuster (directrice suppléante de l'OFJ) devait assister à la première séance de la législature 2024-2027 pour accueillir les membres de la commission, mais a eu un empêchement de dernière minute. Elle se joindra à la réunion un peu plus tard (*Remarque : elle a finalement été retenue plus longtemps que prévu et sa visite à la commission a été reportée à la séance suivante*).

La présidente fait un rapide tour de présentation.

2 Communications

Le procès-verbal de la précédente séance, qui s'est tenue le 21 novembre 2023, a déjà été approuvé.

Les documents du jour ont été envoyés aux membres de la commission il y a environ trois semaines. Tout le monde les a visiblement reçus à temps.

Reto Brand revient sur l'[initiative parlementaire 23.472](#) de la Commission des affaires juridiques du Conseil national sur le traitement des contributions de solidarité cantonales ou communales selon la LMCFA¹. La révision partielle de la LMCFA, dont les travaux battent aujourd'hui leur plein, vise à étendre aux contributions de solidarité cantonales ou communales le traitement privilégié dont bénéficient les contributions de solidarité fédérales sous l'angle du droit fiscal et du droit de la poursuite, ainsi que du droit en matière d'aide sociale et d'assurances sociales conformément à l'art. 4, al. 6, LMCFA. Pour l'heure, seule la ville de Zurich a introduit une contribution de solidarité communale (qui s'ajoute à celle prévue par la LMCFA). Reste à voir si d'autres communes ou cantons suivront l'exemple de la ville de Zurich.

Reto Brand informe ensuite l'assemblée de la tenue, le 24 mai 2024, de la manifestation de clôture du PNR 76 « Assistance et coercition », au cours de laquelle les conclusions de ce vaste programme de recherche seront exposées. Des pistes de réflexion seront également présentées à l'intention notamment des responsables politiques, de l'administration et des services d'aide sociale.

Dans ce contexte, M. Brand rappelle qu'une séance d'information sur le PNR 76 aura lieu le 18 mars 2024 à l'intention des représentants de l'administration fédérale. Cette séance sera organisée par Luzius Mader, ancien président de la commission, en sa qualité de représentant de l'administration fédérale au sein du comité de direction du programme.

Simone Anrig fait remarquer que les statistiques concernant les demandes de contribution de solidarité sont publiées sur la page d'accueil du site de l'OFJ ([Données statistiques concernant les demandes de contributions de solidarité](#) – état à fin 2023). De ces chiffres, il ressort en substance ce qui suit :

- Sur la période d'avril 2017 à décembre 2023, 11 223 demandes de contribution de solidarité ont été déposées auprès de l'OFJ, dont 10 662 (soit 95 % d'entre elles) ont été approuvées et ont donné lieu au versement de contributions de solidarité pour un montant total de quelque 266 55 millions de francs. 398 demandes (3,5 %) ont à l'inverse été rejetées (p. ex. parce que l'atteinte découlant d'une mesure n'était pas

¹ Loi fédérale du 30 septembre 2016 sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 (LMCFA ; RS 211.223.13)

suffisamment immédiate et grave ou que les événements se sont produits après 1981). Enfin, dans 61 cas, il n'y a pas eu d'examen quant au fond pour diverses raisons.

- Géographiquement, la majorité des demandes émanent de personnes domiciliées dans les cantons de Berne (20,7 %) et de Zurich (13,6 %). Pour les autres cantons, cette proportion s'échelonne entre 6,8 et 0,2 %. Enfin 5,2 % des demandes ont été déposées à l'étranger.
- 29,1 % des demandeurs sont nés entre 1940 et 1949 et 27,8 % entre 1950 et 1959. Les autres étaient soit plus âgés (20,7 %), soit plus jeunes (22,5 %).
- Les faits décrits par les victimes correspondent le plus souvent à un placement extra-familial (enfants ou adolescents placés en famille d'accueil ou en foyer). Ils portent rarement sur d'autres mesures de coercition à des fins d'assistance.

L'OFJ enregistre encore une trentaine de nouvelles demandes de contribution de solidarité en moyenne par mois. Il faudra cependant s'attendre à une hausse des demandes après la publication des résultats du PNR 76 « Assistance et coercition » en raison du regain d'intérêt que la thématique suscitera dans les médias.

Heinz Kräuchi note qu'un [vernissage](#) aura lieu à la Cinématte à Berne le 6 mars 2024. Trois tomes thématiques, qui exposent les résultats des différents projets de recherche du PNR 76, seront présentés à cette occasion. Un rapport de synthèse résumant les principaux enseignements, assortis de pistes de réflexion sera également publié le 24 mai 2024 (cf. plus haut).

Theresia Rohr indique avoir été contactée par la radio SRF pour une interview dans une émission consacrée au projet du canton de Bâle-Ville de lancer une étude sur les mesures coercitives aux fins d'assistance, pour lequel le Gouvernement bâlois demande un crédit de 600 000 francs. Thomas Gall a lui aussi été interviewé dans ce cadre en sa qualité de secrétaire adjoint de l'association d'aide aux victimes des deux Bâle.

Heinz Kräuchi attire l'attention sur une motion déposée devant le Grand Conseil du canton de Berne le 14 juin 2023, dont Ursula Marti est co-dépositaire et qui demande une évaluation des besoins des victimes de MCFA afin que des mesures de soutien adaptées puissent être mises en place par le canton de Berne. Le Conseil-exécutif a proposé, le 22 novembre 2023, le rejet de cette motion. Celle-ci sera traitée par le Grand Conseil bernois lors de sa session de printemps (première quinzaine de mars 2024).

3 Brève présentation du mode de travail de la commission/réponses aux questions éventuelles

Reto Brand expose brièvement le déroulement de la procédure de demande : les demandes sont d'abord examinées par l'unité MCFA, qui soumet une proposition à la commission consultative. Les demandes que l'unité MCFA propose d'approuver et celles qui apparaissent manifestement infondées lui sont soumises par voie de circulaire (liste mensuelle). Les demandes que l'unité MCFA propose de rejeter ou qui doivent être discutées (cas limites) sont mises à l'ordre du jour d'une séance de la commission. L'unité MCFA rend sa décision en tenant compte des recommandations de la commission.

Lorsqu'une demande est rejetée, le demandeur débouté peut faire opposition auprès de l'OFJ. Dans ce cas, l'OFJ réexamine la demande à la lumière des nouveaux éléments ou arguments avancés. Si le rejet de la demande est confirmé, le demandeur pourra se pourvoir devant le Tribunal administratif fédéral (TAF). Exceptionnellement, s'il soulève une question de principe, l'arrêt du TAF pourra à son tour être attaqué devant le Tribunal fédéral.

Il a ensuite été question des règles de récusation de la procédure administrative, qui s'appliquent aussi aux membres de la commission. Reto Brand rappelle à cet égard aux membres qu'ils sont soumis au secret de fonction visé à l'art. 320 du code pénal et qu'ils doivent veiller au strict respect de la protection des données en lien avec les documents et informations qu'ils traitent.

S'agissant de la communication à des tiers d'informations sur les travaux de la commission, la responsabilité en revient en principe à la présidente, qui intervient généralement après concertation avec l'unité MCFA.

4 Discussion des dossiers individuels

4.1 Cas abordés lors de séances précédentes

Lors de la séance précédente, la commission consultative avait recommandé, dans un cas, le rejet de la demande sous réserve que les éclaircissements alors en cours n'apportent pas d'éléments justifiant une nouvelle discussion. Au vu des éclaircissements apportés, l'unité MCFA envisage de rejeter la demande. Elle soumet néanmoins le cas une nouvelle fois à la commission pour information et débat éventuel. Celle-ci recommande le rejet de la demande.

4.2 Nouveaux cas

Pour la séance du jour, l'unité MCFA a soumis 8 nouveaux cas pour avis à la commission, proposant d'en rejeter 3 et d'examiner plus avant les 5 autres (cas limites). Après discussion approfondie de chacun des cas, la commission recommande d'accepter 3 demandes et d'en rejeter 5.

4.3 Cas traités par voie de circulaire (listes mensuelles)

4.3.1 La présidente constate que les listes mensuelles soumises à la commission depuis la dernière séance comportent respectivement 38 demandes en novembre 2023, 16 en décembre 2023 et 36 en janvier 2024, que l'unité MCFA envisage d'approuver.

Claude Béguelin a contrôlé par échantillonnage quelques-uns des cas de la liste mensuelle de janvier 2024. Il n'a soumis aucun de ces cas à la discussion.

En l'absence d'opposition de la part des membres de la commission dans le délai accordé, l'unité MCFA a déjà envoyé, pour tous les cas listés, une décision confirmant l'approbation de la demande.

4.3.2 Dans le cadre des listes mensuelles de novembre 2023 et de janvier 2024, l'unité MCFA a par ailleurs soumis aux membres de la commission respectivement 1 et 3 cas qu'elle envisageait de rejeter pour défaut manifeste de fondement. La liste mensuelle de décembre 2023 ne comportait aucun cas de ce type.

Claude Béguelin a contrôlé par échantillonnage un cas de la liste mensuelle de janvier 2024. Il n'a pas souhaité le soumettre à la commission consultative pour débat.

En l'absence d'opposition de la part des membres de la commission dans le délai accordé, l'unité MCFA a déjà notifié ou notifiera sous peu le rejet des demandes concernées.

5 Information de l'unité MCFA sur l'état des projets d'entraide et le projet de valorisation des résultats de la recherche

5.1 Projets d'entraide

Le projet « Bistrot d'échange », soit le plus important des projets d'entraide réalisés à ce jour, arrive à terme ce printemps. Des échanges sont en cours entre l'OFJ et les porteurs du projet pour que des événements de partage d'informations et d'expériences continuent d'être organisés ces prochaines années, avec l'appui de l'OFJ, à l'intention des personnes touchées par les MCFA. L'initiative continuera aussi de s'étendre au-delà de la Suisse alémanique, puisque deux bistrots d'échange ont déjà eu lieu en Suisse romande et qu'un autre doit se tenir au Tessin le 2 mai 2024 (11 h 00 au restaurant Casa del Popolo à Bellinzone). Les personnes intéressées sont invitées à s'inscrire par courriel à l'adresse info@erzaehlbistro.ch ou par téléphone au 078 729 71 72².

La visite guidée « Kehrseiten – Stadtrundgang durch das andere Bern » imaginée par l'association « netzwerk-verdingt » en coopération avec l'historien bernois Daniel Schläppi autour des MCFA sera désormais proposée régulièrement, en fonction de la demande. Les personnes intéressées sont invitées à s'inscrire en ligne sur le site www.netzwerk-verdingt.ch ou par téléphone au numéro 077 446 77 01.

5.2 Valorisation des résultats de la recherche

Les mesures de l'OFJ pour diffuser et valoriser les résultats de l'étude scientifique sur les MCFA suivent leur cours. La fiche conceptuelle et un aperçu des mesures prévues figurent sur le site de l'OFJ ([Victimes de mesures de coercition : Valorisation](#))

Depuis le 1^{er} janvier 2024, des formulaires de demande sont également disponibles (en allemand, français et italien) sur le site de l'OFJ pour les projets de tiers dédiés à la transmission de savoir sur les MCFA. Les premiers dossiers déposés sont en cours d'examen. L'objectif est de compléter l'offre existante et les activités que mènent déjà ou que prévoient de mener la Confédération et d'autres acteurs. Les projets soutenus peuvent se décliner sous diverses formes : supports didactiques, formations continues, publications, expositions ou productions théâtrales, etc.

Une première version des deux projets de matériel didactique (application pédagogique et développement du matériel didactique existant de la CIE) a été présentée au groupe de suivi du projet de valorisation à la mi-janvier 2024.

Les procédures d'appel d'offres pour la création d'une plateforme web et pour l'exposition itinérante (conception et réalisation) sont en phase de finalisation, le but étant de démarrer les travaux de mise en œuvre en avril.

L'OFJ a par ailleurs actualisé en décembre 2023 la [liste des symboles commémoratifs cantonaux](#) sur son site internet.

À noter enfin qu'une évaluation d'ensemble est planifiée, qui permettra de dresser un bilan au terme du projet – fin 2028 – sur l'utilité et la qualité des mesures de valorisation réalisées.

² Pour en savoir plus sur cette offre : www.erzaehlbistro.ch

6 Varia

La prochaine séance de la commission aura lieu le 29 mai 2024.

La séance prend fin à 14 h 30.